

Bürger kämpfen gegen Windkraft

Der Ausbau der alternativen Energie gerät in Deutschland ins Stocken. Dabei sollten die Anlagen für die Zukunft stehen.

Kathrin Witsch Düsseldorf

Wenn Monika Nentwig-Nolden morgens aufsteht, genießt sie von ihrem Hof aus den weiten Blick auf die Felder und Wiesen. Das Leben auf dem Land in der Nähe von Düsseldorf liebt die 58-Jährige schon seit ihrer Kindheit. Hier ist sie groß geworden. Eher durch Zufall erfuhr sie Anfang des Jahres, dass nicht einmal 600 Meter von ihrem Haus entfernt zwei Windräder aufgestellt werden sollen. Wenn die zierliche Frau mit den kurzen, grauen Haaren daran denkt, kann sie nur noch mit dem Kopf schütteln. Niemand habe vorher mit ihr darüber gesprochen, geschweige denn gefragt. "Wir haben aus der Zeitung davon erfahren."

So wie Nentwig-Nolden geht es fast allen Anwohnern in Vorst, einem Stadtteil von Tönisvorst in Nordrhein-Westfalen. Und genau das wollen sich die Bürger nicht gefallen lassen. Im Januar haben sich 60 von ihnen zu einer Initiative zusammengeschlossen, mehr als tausend Unterschriften haben sie schon gesammelt und Widerspruch gegen die Baugenehmigung eingelegt.

Für Klaus Schulze-Langenhorst heißt das, sieben Jahre Arbeit könnten jetzt umsonst gewesen sein. "Wir haben alle Genehmigungen, vom Natur- über den Arten- bis hin zum Lärmschutz und natürlich der Baugenehmigung. Die Fläche war als potenzieller Windstandort von der Gemeinde ausgewiesen, und mit den Grundstücksbesitzern haben wir 2015 schon Kontakt aufgenommen", sagt er. Jetzt heißt es erst einmal Stillstand. Und wenn er Pech hat, kann sich dieser Stillstand jahrelang hinziehen.

In Vorst mag es nur um zwei Windräder gehen, aber der Fall steht exemplarisch für das Problem der grünen Vorzeigeindustrie in Europas Windland Nummer eins. Über 30 000 Mühlen drehen sich auf Deutschlands Feldern und Wiesen. Seit zwei Jahren allerdings geht es kaum mehr voran. Die Bundesnetzagentur spricht angesichts der mauen Ergebnisse der vergangenen Ausschreibung für Windprojekte an Land gar von "einer neuen, besorgniserregenden Dimension".

Laut einer Analyse der Fachagentur Wind an Land (FA Wind) ist die Ausbausituation im ersten Quartal 2019 so schlecht wie seit der Jahrtausendwende nicht mehr. Lediglich 41 Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 134 Megawatt sind in den ersten Monaten des Jahres dazugekommen. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Markt somit um knapp 90 Prozent eingebrochen.

Das größte Problem: Der Widerstand der Bevölkerung gegen die mittlerweile bis zu 200 Meter hohen Industrieanlagen wächst. Kaum mehr ein Windpark wird gebaut, ohne beklagt zu werden. Über 1 000 Bürgerinitiativen quer über das ganze Land verteilt engagieren sich mittlerweile gegen den Bau neuer Anlagen - auch vor Gericht.

Die durchschnittliche Verfahrensdauer für die nötigen Genehmigungen hat sich im Laufe der letzten Jahre so fast verdreifacht, auf inzwischen 700 bis 800 Tage. Naturschutzverbände und Bürger klagen immer häufiger, selbst wenn die Baugenehmigung schon vorliegt. Die Fachagentur für Windenergie an Land schätzt, dass mindestens 750 Megawatt Leistung brachliegen, weil Klagen anhängig sind. Dabei soll die Windkraft eigentlich die treibende Energiequelle der Zukunft werden.

Aber obwohl die Zustimmung für den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland laut einer Umfrage der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) bei 93 Prozent liegt, wird die Zahl der Windkraftgegner immer größer - und sie gewinnen an Schlagkraft.

In Brandenburg, Deutschlands drittgrößtem Windstandort, hat Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) eine geplante Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, in der es in erster Linie um die Abschaffung des Windkraftprivilegs im Baugesetzbuch geht. In Schleswig-Holstein wurde ein Moratorium verhängt, hier können neue Windräder nur noch mit Ausnahmegenehmigung gebaut werden. Die schärfste Gesetzgebung hat Bayern schon 2014 eingeführt, damals noch unter Horst Seehofer (CSU). Die sogenannte Abstandsregelung "10H". Das heißt: Bei 200 Meter hohen Windrädern muss ein Abstand von zwei Kilometern zu Siedlungen eingehalten werden. Der Ausbau von Windkraft ist im Freistaat in der Folge nahezu zum Erliegen gekommen. In dieselbe Richtung marschiert nun nicht nur die schwarz-gelbe Regierung in Nordrhein-Westfalen. Hier will Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) eine pauschale Abstandsregelung von Windanlagen zu Wohngebieten von 1 500 Metern gesetzlich festschreiben lassen.

Auch auf Bundesebene fordern Konservative mittlerweile eine pauschale Abstandsregelung. "In unseren Augen braucht es

einen Abstand von mindestens 1 000 Metern zwischen einem Windrad und dem nächstgelegenen Wohngebiet", sagt Jens Koeppen.

Der CDU-Politiker aus Brandenburg ist Mitglied der AG Akzeptanz. Die Arbeitsgruppe auf Bundesebene soll für die Große Koalition aushandeln, wie der Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland weitergeht. Ganz oben auf der Liste steht dabei das Problem mit der Windkraft. Bernd Westphal, energiepolitischer Sprecher der SPD und ebenfalls Mitglied der Arbeitsgruppe, glaubt hingegen nicht, dass mehr Abstand zu mehr Akzeptanz führt. "Es macht keinen Sinn, eine der wichtigsten Energiequellen der Zukunft jetzt zu begrenzen. Das wäre kontraproduktiv", sagt er.

Die Bürger in Vorst jedenfalls befürworten die geplante Abstandsregelung in NRW. "Wir reden hier nicht von süßen Mühlen wie in Holland, sondern von hohen, bedrückenden, teilweise sehr lauten Industrieanlagen", erklärt Angela Wolff, ebenfalls Mitglied in der Bürgerinitiative, ihren Protest. Für die 45-jährige gebürtige Wienerin sind Windräder "eine Vergewaltigung der Landschaft". Andere Anwohner sind besorgt wegen der Lautstärke oder fürchten aufgrund des Infraschalls gesundheitliche Folgen für ihre Kinder. Monika Nentwig-Nolden geht es vor allem um den Artenschutz. "Wenn diese beiden Windräder hier hinkommen, kann ich morgens mit dem Müllsack die zu Tode gekommenen Vögel einsammeln", ist sie überzeugt.

"Man verweist immer wieder auf das Sterben der Vögel. Aber wenn es hier wirklich um Artenschutz ginge, müssten wir alle Straßen schließen", echauffiert sich Michael Diestel. Der studierte Landwirt ist Vorsitzender der AgroKraft GmbH, eines bayerischen Unternehmens, das sich zur Aufgabe gemacht hat, Wind-, Solar- und Biogasprojekte genossenschaftlich mit der Bevölkerung umzusetzen. Aber auch er beobachtet die zunehmend ablehnende Haltung der Bevölkerung, sobald es um ein Windrad in der eigenen Nachbarschaft geht.

Fast neun Jahre lang hat Diestel mit 450 Bürgern aus sechs verschiedenen Gemeinden für den Bau eines Windparks im Landkreis Rhön-Grabfeld in Bayern gekämpft. 1,3 Millionen Euro hatten die Beteiligten gesammelt. Kosten und Gewinn sollten gerecht geteilt werden. Die Akzeptanz war groß, selbst der Naturschutzbund (Nabu) gab sein Okay. Ein ortsansässiger Vogelschutzverein allerdings nicht. Viele Auflagen, Klagen und Jahre später mussten sich die motivierten Bürger geschlagen geben. Jetzt auch noch weitere Millionen für den Bau der Mühlen aufzubringen, dafür habe keiner mehr die Kraft gehabt, sagt Diestel. Heute drehen sich trotzdem zehn Windräder zwischen Streu und Saale. Der nun insolvente Turbinenhersteller Senvion hatte die Investoren ausbezahlt und das Projekt übernommen. "Die Hürden für Bürger sind mittlerweile einfach zu hoch", beklagt Diestel. Dabei ist eine erfolgreiche Energiewende in seinen Augen nur gemeinsam mit den Bürgern zu schaffen.

50 Kilometer entfernt von Rhön-Grabfeld steht derweil ein weiteres Projekt still. Hier hat das Landratsamt in München erst vor wenigen Wochen den Bau von zehn Windrädern wegen eines Formfehlers gestoppt. Nachdem Anwohner und ein Naturschutzverein geklagt hatten, war der Fall vor Gericht gelandet. Die meisten der Fundamente sind gegossen, erste Anlagenteile bereits geliefert worden, jetzt ist erst einmal Schluss. Bis zu einem endgültigen Urteil kann es noch mehrere Monate, bei erneuten Klagen sogar Jahre dauern.

/// Mehr Abstand, mehr Akzeptanz? // .

"Biogas ist durch, Photovoltaikparks will man nur entlang von Bahntrassen und Autobahnen, und Windkraft will auch niemand. Wie sollen wir so unsere Klimaziele erreichen?", fragt sich Diestel.

Bis 2030 will die Bundesregierung den Anteil erneuerbarer Energien am Strommix von derzeit 38 Prozent auf 65 Prozent erhöhen. Die Hauptlast davon soll die Windenergie schultern. Aktuell sind über 55 Gigawatt (GW) installierter Leistung in Deutschland verbaut. Der Bundesverband für Windenergie geht davon aus, dass es einen Zubau von mindestens 4,5 GW pro Jahr braucht, um dieses Ziel in elf Jahren zu erreichen. Eine pauschale Abstandsregelung sei dafür alles andere als zielführend, warnt Verbandspräsident Hermann Albers.

Aber auch das Umweltbundesamt warnt vor pauschalen Mindestabständen für Windkraft. Bereits 1 000 Meter würden die aktuell verfügbare Fläche für den Bau von Windrädern teilweise um bis zu 50 Prozent reduzieren. In der Antwort auf eine kleine Anfrage der FDP-Fraktion im vergangenen Jahr gibt die Bundesregierung außerdem an, dass es keinen Zusammenhang zwischen höheren Abstandsregelungen und höherer Akzeptanz gebe. Viel wichtiger seien demnach die Teilnahme der Anwohner im Planungsprozess, die finanzielle Beteiligung der Bürger oder auch, inwiefern die Wertschöpfung des jeweiligen Windparks in der Region verbleibt.

Diese Theorie hält auch Nentwig-Nolden von der Bürgerinitiative in Vorst für nicht ganz abwegig. "Wenn man vorher mit uns darüber gesprochen hätte, uns die Chancen, Risiken und Probleme offengelegt hätte, würden wir vielleicht anders über das Projekt denken. Aber so kommt man sich doch einfach für dumm verkauft vor", sagt sie. Prinzipiell habe man ja nichts gegen die Energiewende, solange sie zusammen mit den Bürgern geschehe.

Kasten: ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

In unseren Augen braucht es einen Abstand von mindestens 1 000 Metern zwischen Windrad und Wohngebiet.

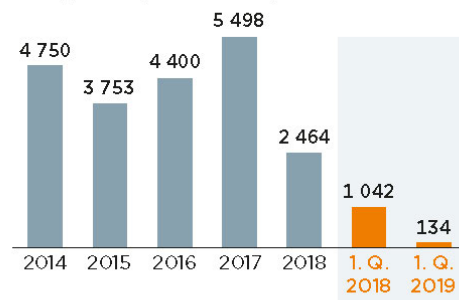
Jens Koeppen

AG Akzeptanz

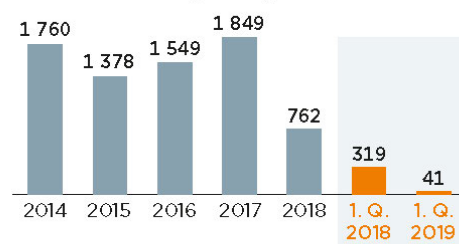
Witsch, Kathrin

Windkraftausbau in Deutschland

Neu installierte Anlagenleistung
in Megawatt (Brutto-Zubau)*



Zahl der Windenergieanlagen*



*Windenergieanlagen an Land

Quelle: Unternehmen

HANDELSBLATT

Handelsblatt Nr. 096 vom 20.05.2019
© Handelsblatt Media Group GmbH & Co. KG. Alle Rechte vorbehalten.
Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle: Handelsblatt print: Nr. 096 vom 20.05.2019 Seite 018

Ressort: Unternehmen & Märkte

Branche: ENE-01 Alternative Energie B

Dokumentnummer: BDFD95EF-8A0F-4620-9D35-379C206660AD

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/HB_BDFD95EF-8A0F-4620-9D35-379C206660AD%7CHBPM_BDFD95EF-8A0F-4620-9D35-379C206660AD

Alle Rechte vorbehalten: (c) Handelsblatt GmbH

GENIOS © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH